

# DIREKT

Information der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund



## DEW21 ist auf dem richtigen Weg

Weichen für die Zukunft des kommunalen Energie-Versorgers sind gestellt

Der Rat der Stadt hat die Weichen für die Neuaufstellung der DEW21 nach 2014 gestellt. Der Vorstand der DSW21 wurde beauftragt, mit der RWE eine Weiterführung des Versorgungsunternehmens in der derzeitigen Eigentümerstruktur zu verhandeln.

**DORTMUND.** Damit hat sich der Rat mit großer Mehrheit für 1000 Arbeitsplätze eines starken Arbeitgebers positioniert und die kommunale Daseinsvorsorge vor Ort gestärkt. Die Partnerschaften eines starken kommunalen Unternehmens mit Mittelstand und Handwerk in der Stadt werden intensiviert und die Energiewende erfolgreich weitergeführt.



Norbert Schilff, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Mitglied im DEW21-Aufsichtsrat, begrüßt die Neuaufstellung der DEW21.

Man darf jetzt gespannt sein, wie die Verhandlungen mit RWE ausgehen. In jedem Fall wird sich der Rat hiermit befassen und darüber abschließend entscheiden. Die SPD-Fraktion im Rat würde es begrüßen, wenn die Entscheidung über die Weiterentwicklung der DEW21 noch vor Mai 2014, und damit vor der nächsten Kommunalwahl, getroffen werden würde.

Bereits 2012 hatte der Rat der Verwaltung Varianten zur Neuaufstellung der DEW21 vorgegeben und beschlossen, diese gutachterlich prüfen zu lassen. Danach haben sich zwei Gutachter unter



Die DEW21 mit ihren rund 1000 Mitarbeitern ist ein modernes Energie- und Dienstleistungsunternehmen für die Bürger der Stadt Dortmund.

wirtschaftlichen und zwei Gutachter unter energie-technischen Fragestellungen mit der DEW21 auseinander gesetzt. Diese Gutachten wurden im Sonderältestenrat vorgestellt und beraten. Alle Ratsmitglieder und die Aufsichtsräte von DSW21 und DEW21 verfügen über diese Gutachten und konnten diese bewerten.

Im September wurde im Rahmen des „Masterplan Energiewende“ die Gutachten in einer Veranstaltung öffentlich vorgestellt. „Wir kommen zu dem Schluss, dass die Beratung höchst transparent

und sehr gründlich von der Verwaltung vorbereitet wurde und danken dafür ausdrücklich“, so der stv. Fraktionsvorsitzende und DEW21-Aufsichtsrat Norbert Schilff.

Seine Fraktion hatte vor der Entscheidung des Rates umfangreiche Gespräche geführt und Meinungen und Informationen zur Neuaufstellung der DEW21 eingeholt. Dabei hat sie mit der Gewerkschaft und den Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsräten genauso gesprochen wie mit Vorständen und Geschäftsführungen. „Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass die

lange Kooperation zwischen DSW21 und RWE erfolgreich war. Alles spricht dafür, diese gute Zusammenarbeit fortzusetzen. Das Zusammenspiel der DEW21 als erfahrener kommunaler Versorger mit dem „Energieriesen“ RWE soll weitergehen. Gleichzeitig wollen wir den kommunalen Einfluss bei DEW21 stärken“, so Norbert Schilff noch weiter.

Die SPD-Fraktion schätzt das Engagement von RWE in Dortmund und erwartet, dass RWE auch zukünftig hier präsent bleibt. Aus energiestrategischen Gründen möchte die SPD-Fraktion

an der Zusammenarbeit mit RWE festhalten. Dazu kommt, dass eine komplette Übernahme der Anteile von RWE an DEW21 in Höhe von 47% durch die DSW21 nicht zu finanzieren ist.

Dortmund ist für die Energiewende hervorragend aufgestellt. Nur wenige Städte haben einen Masterplan Energiewende aufgelegt. Gemeinsam mit einer Vielzahl gesellschaftlicher Akteure wird die Stadt den Herausforderungen mit der Entwicklung gesamtstädtische Strategie begegnen und damit das Thema in die Mitte der Gesellschaft rücken. Die DEW21 ist an der Energiewende in Dortmund wesentlich beteiligt.

Es darf aber nicht der Eindruck entstehen, dass dieses Ziel erfolgreich nur mit einer DEW21 gelingen kann, die nicht unter dem Einfluss von RWE steht.

Hinsichtlich des Versorgungsauftrages der DEW21 interessiert es die Dortmunder in erster Linie, dass die Preise für Strom, Gas und Wasser stabil sind und die Leistungen der DEW21 rund um die Uhr zur Verfügung stehen. Und Norbert Schilff sagt abschließend: „Wir laden alle interessierten Akteure ein, sich in den Masterplan Energie einzubringen und dort in einem ganzheitlichen Ansatz die Energiewende für Dortmund voran zu bringen.“



Die Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Dortmund Hacheneu muss dringend entlastet werden.

## Aufnahme von Flüchtlingen vorbildlich

Entlastungsfaktor soll für Platz sorgen

**DORTMUND.** Die Stadt engagiert sich vorbildlich bei der Erstaufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen. „Wir betreiben die Erstaufnahmeeinrichtung in Hacheneu und die Unterkunft im Grevendickfeld allerdings bis an die Kapazitätsgrenzen. Es wird höchste Zeit, dass die Stadt für die großen Anstrengungen Entlastungen erfährt“, erläutert der ordnungspolitische Sprecher Dirk Goosmann, einen Antrag seiner Fraktion im Ausschuss für öffentliche Ordnung. Die SPD-Fraktion fordert, zusätzliche Erstaufnahmeeinrichtungen und Landesunterkünfte zu schaffen. Die Solidarität anderer Städte ist gefragt, um Dortmund zu entlasten. Dortmund als Erstaufnahmestadt soll zudem eine Anrechnung

bei der Unterbringung von Flüchtlingen erfahren. Hierzu bedarf es schnellstens einer Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes. Die Kosten für die Unterbringung und Versorgung von unbegleiteten jungen Flüchtlingen müssen zudem reguliert werden.

„Die Stadt tut bei der Aufnahme von Flüchtlingen, was sie kann. Die Krisensituation in Syrien und der Winter lassen aber befürchten, dass sich die Unterbringungssituation schnell verschärfen wird. Ohne die Unterstützung des Landes wird es nicht gehen“, ergänzt Dirk Goosmann.

Zur Verbesserung der Situation in Hacheneu schlägt die SPD-Fraktion vor, schnellstens eine Röntgenstelle zu realisieren und die Verkehrsanbindung zu optimieren.

### ANTRAG DER SPD-FRAKTION FÜR DIE RATSSITZUNG

- Die SPD-Fraktion favorisiert die Variante aus der Verwaltungsvorlage, mit der der **Status quo** bei DEW21 erhalten bleiben kann. Anteile von RWE soll die DSW21 nur erwerben, wenn dies finanzierbar ist. Die SPD-Ratsfraktion erwartet von der RWE, dass **Standortzusagen** eingehalten werden und insbesondere Arbeitsplätze in Dortmund erhalten bleiben.
- Der **Einfluss der Stadt** im Unternehmen DEW21 ist zu stärken. Das kann gelingen, indem der Rat Aufsichtsratsmandate der DSW21 dort direkt besetzt. Darüber hinaus sollte der Rat auch in den anderen städtischen Gesellschaften Aufsichtsratsmandate der DSW21 direkt besetzen, um den Einfluss der Stadt dort auch zu

- stärken.
- Der **Aufsichtsratsvorsitz** wird aus der Mitte des Aufsichtsrates auf Vorschlag der Anteilseigner gewählt, ohne dass es Vorfestlegungen gibt.
- Die Stadt erwirbt selbst einen kleinen Anteil der DEW21 in Höhe von 0,1% und soll den **Vorsitz in der Gesellschaftsversammlung** führen. Die erforderlichen rund 800.000 € sollen dafür im Investitionshaushalt der Stadt umgeschichtet werden.
- Die SPD-Fraktion will die volle **Mitbestimmung der Beschäftigten** bei DEW21 erhalten. Dazu gehört die paritätische Mitbestimmung im Aufsichtsrat genauso wie das Recht, einen Arbeitsdirektor in der Geschäftsführung der DEW21 zu stellen.
- Der Konsortial-, der Gesellschafts-

- und der Ergebnisabführungsvertrag bei DEW21 sind zu **aktualisieren**. Wenn es zu einer Verschiebung von Geschäftsanteilen kommen würde, muss sich das in diesen Verträgen widerspiegeln.
- In jedem Fall bedarf es einer **Anpassung** des Ergebnisabführungsvertrages in der Form, dass die garantierte Mindestdividende der RWE aus steuerlichen Gründen zwar erhalten bleibt, jedoch eine deutliche Absenkung an die aktuellen Gegebenheiten auf dem Energiemarkt erfährt. RWE soll an den Gewinnen der DEW21 teilhaben, gleichzeitig aber auch das **Risiko mittragen**.
- Die SPD-Fraktion wird den **Aufsichtsrat stärken** und ihm zusätzliche Kompetenzen geben.

## Newparkfläche nicht fallen lassen

SPD-Fraktion hält an Entwicklung fest

**DORTMUND.** Mit Überraschung hat die SPD-Fraktion zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Landesregierung die wichtige Bürgerschaft über 17,5 Mio. € für die Entwicklung der Rieselfelder zwischen Waltrop und Datteln nicht bewilligen wird.

„Natürlich sind wir enttäuscht über die Entscheidung und sehen noch großen Klärungsbedarf“, sagt die stv. Fraktionsvorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecherin Ulrike Matzanke.

Die 300 Hektar-Fläche sollte für die Ansiedlung internationaler Industrieunternehmen mit rund 7000 Arbeitsplätzen entwickelt werden. „Wir werden hier an der Schaffung von Industriearbeitsplätzen festhalten. Es müssen Gespräche mit dem Land folgen, vielleicht gibt es andere Lösungen, diese Fläche zu entwickeln“, so Ulrike Matzanke weiter.



Ulrike Matzanke, stv. Fraktionsvorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecherin, will Raum schaffen für neue Industrie-Arbeitsplätze.

Die Initiative von über 20 Oberbürgermeistern, darunter auch Ullrich Sierau sowie Vertreter aus Wirtschaft und den Gewerkschaften, nach alternativen Finanzierungen zu suchen, wird begrüßt. „Gerade Industriearbeitsplätze sind wichtig, deshalb werden wir uns weiter für eine Entwicklung der Newparkfläche stark machen“, so Ulrike Matzanke.

## SPD mahnt: Energie muss bezahlbar bleiben

Ratsfraktion fordert verbraucherfreundliche Preisgestaltung

**DORTMUND.** Strom wird immer teurer und für viele Menschen zum Luxusgut. Die SPD-Ratsfraktion im Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung, Wohnen und Immobilien fragte daher die Verwaltung, wie die Situation in Dortmund ist und was für die Verbraucher unternommen werden kann.

Während Teile der Industrie und des Gewerbes von den Preissteigerungen der letzten Jahre befreit waren, trifft es die privaten Haushalte besonders hart. Zum Beispiel Kunden mit Nachtstromspeicheröfen: In Dortmund



Die SPD-Ratsfraktion setzt sich für mehr Klimaschutz durch den Einsatz erneuerbarer Energien ein.

gibt es noch mehr als 17.000 Wohnungen, die mit Strom heizen. Der ursprünglich sehr günstige Nachtstromtarif hat sich in den letzten Jahren um fast 400% verteuert. Heute unterscheiden sich Tag- und Nachtstromtarife nur noch geringfügig. Lokale Stromanbieter und Kommunen können oft nur über eine Kundenberatung helfen, da der Großteil des Endpreises nicht in ihren Händen liegt. Aus diesem Grund begrüßt die SPD-Ratsfraktion die Einrichtung des neuen Dienstleistungszentrum Energieeffizienz und Klimaschutz (dlze) im Stadt-



Monika Lührs, umweltpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion.

eine verbraucherfreundliche Veränderung des „Erneuer-

haus. Die Preise aber müssten auf Bundesebene, etwa durch eine Senkung der Stromsteuer, entschärft werden. Auch bare-Energien-Gesetz“ (EEG) könnte die Energiekosten deutlich senken. Während der normale Kunde Preissteigerungen hinnehmen muss, kommen die massiven Subventionen nur wenigen Zielgruppen zugute. „Die Kosten der Energiewende müssen endlich gerechter verteilt werden und nicht allein auf den Schultern der Verbraucher lasten“, fordert Monika Lührs, umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, „Jetzt ist die kommende Bundesregierung gefragt für Entlastungen und eine Änderung des EEG zu sorgen.“



**Impressum**  
Verantwortlich für den Inhalt:  
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund  
Christian Uhr | Fraktionsgeschäftsführer  
Friedensplatz 1 | 44135 Dortmund  
Tel.: 0231-5024380 | Fax: 0231-579147  
fraktion@spd-fraktion-dortmund.de  
www.spd-fraktion-dortmund.de

